

**Öffentliche Niederschrift
Sitzung des Umweltausschusses**

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.05.2025
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:04 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste**Anwesend****Vorsitz**

Bülent Sahin SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Holger Ingendoh	CDU	
Frank Bandel	CDU	
Silke Wilts	SPD	Vertretung für: Karin Dubbert
Eugen Lenz	CDU	
Georgis Schmidt	CDU	Vertretung für: Andreas Völker
Dietmar Look	SPD	Vertretung für: Manuel Otto Prohl
Bürgermeister Manfred Flore	SPD	
Tim Heinzen	DIE GRÜNEN	
Ulrich Lütte	BOB im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Kirsten Bohnes	CDU	Vertretung für: Karin Dubbert
Albin Bajric	CDU	
Dominik Sporkmann	CDU	
Ralf Langnese	DIE GRÜNEN	
Ralf Schindelasch	DIE GRÜNEN	
Florian Schröer	AfD	
Lion Rudi	LINKE.LISTE	
Maximilian Baum	FDP im Rat	

hinzugewählte Personen

Christian Ejodamen IR

Verwaltung

Beigeordneter Michael Jehn	Dezernat 4
Beigeordneter Dr. Thomas Palotz	Dezernat 5
Markus Werntgen-Orman	Bereichsleitung 2-2

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Karin Dubbert	CDU	entschuldigt
Andreas Völker	CDU	entschuldigt
Manuel Otto Prohl	SPD	entschuldigt
Dr. Silke Jacobs	SPD	entschuldigt
Thorsten Kamps	SPD	entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

René Pascheberg	SPD	entschuldigt
-----------------	-----	--------------

Gäste und weitere Teilnehmer

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Aufstellung eines Katastrophenschutzbedarfsplans	B/17/6618
2	Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Regelung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften, Vergnügungsstätten sowie Kirmesveranstaltungen im Gebiet der Stadt Oberhausen (Sperrzeitverordnung)	B/17/6583
3	Nachbericht Frühjahrsputz 2025	M/17/6599
4	Jahresbericht 2023/2024 der Gleichstellungsstelle der Stadt Oberhausen	M/17/6457
5	Aktualisierung des Baumkonzeptes für die Stadt Oberhausen	M/17/6550
6	Vollzug der Baumschutzsatzung auf Privatgrundstücken für das Jahr 2024	M/17/6579
7	Leben in Oberhausen - Ergebnisse aus der Bürgerinnen- u. Bürgerbefragung 2024	M/17/6621
8	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. §2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: „Verbot der Ab- und Weitergabe sowie des Verkaufs von Distickstoffmonoxid („Lachgas“) an Minderjährige in der Stadt Oberhausen“	A/17/6584
9	Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Aktueller Stand des Emscher-Umbaus	A/17/6634
10	Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstand „Einwegkunststofffonds“	A/17/6628

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

**1 Aufstellung eines Katastrophenschutzbedarfsplans
 B/17/6618**

Herr Jehn geht auf die Dringlichkeit der Katastrophenschutzbedarfsplanung ein. Er führt aus, dass die Stadt Oberhausen in den 1950er Jahren das Amt 38 führte, welches für die Katastrophenschutzplanung zuständig war. In den 1990er Jahre wurden zum Ende des kalten Krieges viele Stellen in diesem Bereich abgebaut und die Tätigkeiten wurden in die der Feuerwehr integriert. Unter Anderem die Ereignisse wie den Terroranschlägen vom 11.09.2001 und dem Elbhochwasser im Jahr 2002 führten zu einem Umdenken. Es wurde ein entsprechendes Bundesamt eingerichtet und diverse Apps (z. B. NINA) wurden entwickelt. Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine, der Covid-19-Pandemie und weitere lokale Ereignisse mussten lt. Herrn Jehn weitere Vorbereitungen getroffen werden, deren Planung sich nun auch in dem vorliegenden Katastrophenschutzbedarfsplan widerspiegeln.

Herr Brandenburg hält einen Vortrag mittels PowerPoint-Präsentation.

Herr Flore räumt ein, dass der vergangene Abbau des Zivil- und Katastrophenschutzes ein Fehler war. Er sieht auf der anderen Seite ein Umdenken und spricht sich lobend für den vorliegenden Katastrophenschutzbedarfsplan aus. Außerdem lobt er die Verwaltung für die Zuhilfenahme von externen Stellen. Ein externer und neutralerer Blick auf die Sachverhalte kann aus seiner Sicht zu besseren Ergebnissen in der Katastrophenschutzplanung führen.

Des Weiteren lobt er mit Blick auf die Gesamtkosten die Herangehensweise, nach welcher keine weiteren Planstellen für die Umsetzung vorgesehen sind.

Herr Flore gibt an, dass die Stadt Oberhausen aus seiner Sicht ein neues Katastrophenschutzzentrum benötigt. In Bezug auf die Gesamtkosten, ist ihm klar, dass hier hohe Kosten entstehen werden. Aus seiner Sicht können Kommunen diese nicht dauerhaft tragen. Deshalb verdeutlicht er die Verpflichtung der Länder und des Bundes.

Herr Flore wünscht sich besondere Aufmerksamkeit im Thema der Cybersicherheit. Dabei nimmt er auch Bezug auf die Bedrohung durch Russland.

Der Vorsorge in der Trinkwasserversorgung misst er ebenfalls einen hohen Stellenwert bei.

Abschließend gibt Herr Flore an, dass der vorliegende Plan ein guter Schritt in die richtige Richtung ist.

Herr Bandel fühlt sich erschreckt und beruhigt zugleich. Es beruhigt ihn zu sehen, wie viel Aufwand zur Planung und Umsetzung betrieben wird und die Stadt Oberhausen auf viele denkbare Ereignisse vorbereitet ist. Er wünscht sich eine weitere Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen. Besonders Anschaffungen können gemeinsam beschafft und im Bedarfsfall geteilt werden.

Herr Rudi bittet um eine Beratung ohne Votum und bittet um weitere Informationen zur Seite neun des vorliegenden Plans.

Herr Götzke gibt an, dass in den Workshops über diverse Szenarien gesprochen wurde. Eine entsprechende Gefährdungsbeurteilung ergab verschiedene Wahrscheinlichkeiten.

Herr Ingendoh bedankt sich bei allen beteiligten Stellen und lobt die Beteiligung von externen Stellen. Er sieht hierdurch eine Sachverstandssteigerung und freut sich, dass vieles umgesetzt wird.

Herr Jehn unterteilt den Bevölkerungsschutz in zwei Bereiche. Der erste Bereich ist der Zivilschutz. Hier sollen kriegsrische Auseinandersetzungen vermieden und Vorbereitungen auf entsprechende Situationen getroffen werden. Dieser ist lt. Grundgesetz eine Aufgabe des Bundes. Deshalb werden diese Aufgaben nicht primär im Katastrophenschutzbedarfsplan aufgeführt. Der zweite Bereich ist der Katastrophenschutz. Dieser ist Aufgabe der Katastrophenschutzbehörden der Länder. Diese delegierten diese Aufgabe auf die unteren Katastrophenschutzbehörden der Kommunen.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/6618 ohne Votum.

Zwischen den Tagesordnungspunkten Ö1 und Ö2 bittet Herr Jehn um das Wort.

Herr Jehn gibt an, dass Herr Ohletz, der ehemaliger Leiter der städtischen Ordnungsbehörde in den Ruhestand getreten ist und stellt dem Umweltausschuss seinen Nachfolger Herrn Bodo Nößler vor. Dieser nimmt seine neuen Aufgaben als Leiter der Ordnungsbehörde seit dem 01.05.2025 wahr.

Herr Nößler stellt sich vor, gibt einen kurzen Überblick über seinen Werdegang innerhalb der Stadt Oberhausen und freut sich auf die Herausforderungen, die seine neue Stelle ihm bieten kann.

-
- 2 Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Regelung der Sperrzeiten für Schank- und Speisewirtschaften, Vergnügungsstätten sowie Kirmesveranstaltungen im Gebiet der Stadt Oberhausen (Sperrzeitverordnung)
B/17/6583**

Herr Flore bemerkt, dass es, abgesehen von den Zeitbegrenzungen von Theater- und Kinovorführungen, keine Änderungen gibt.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/17/6583, mit Enthaltung der AfD positiv vor.

-
- 3 Nachbericht Frühjahrspatz 2025
M/17/6599**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/6599 zur Kenntnis.

-
- 4 Jahresbericht 2023/2024 der Gleichstellungsstelle der Stadt Oberhausen
M/17/6457**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/6457 zur Kenntnis.

-
- 5 Aktualisierung des Baumkonzeptes für die Stadt Oberhausen
M/17/6550**

Herr Bandel bezeichnet das Baumkonzept als sehr gelungen und bestärkt dies durch die Aussage „Wer das durcharbeitet, versteht den Baum.“

Für ihn ist es wichtig, dass das hier zusammengetragene Wissen umgesetzt wird. Er führt aus, dass es im Stadtgebiet immer wieder vorkommt, dass Baumaschinen nah am Baum vorbeigeführt werden und Bauleitungen dahingehend weiter sensibilisiert werden müssen. Er kritisiert außerdem, dass dort oft mit einem Presslufthammer zu kleine Löcher für Neubepflanzungen erstellt werden.

Grundsätzlich ist er der Meinung, dass die Baumbepflanzung einen wesentlichen Einfluss auf das Stadtklima hat. Auch deshalb muss sich hierum gekümmert werden.

Insbesondere sieht er momentan einen Umbruch. Viele große, alte Bäume sind nun in einem Zustand, dass sie bald ersetzt werden müssen. Die Neubepflanzung freut ihn, aber muss aus seiner Sicht effizienter und schneller erfolgen. Auch der Standort ist ein weiterer Faktor für die gute Entwicklung. Fraglich ist für ihn deshalb, warum die Verwaltung an diesen Standorten kein Sickerpflaster verlegt. Dies Begründet er mit den Bedürfnissen der Wurzeln, wie Wasser und Luft.

Die Entwicklung des Baumes ist auch deshalb so wichtig, weil nicht nur die Anzahl der Stämme, sondern die Grünmasse für den Unterschied entscheidend ist. Herr Bandel befürchtet, dass es zukünftig ungleich viele kleine Bäume gibt, die sich möglichst schnell entwickeln und Masse zulegen müssen. Hier müssen weitere Vorbereitungen erfolgen.

Herr Heinzen Schließt sich den Ausführungen des Herrn Bandel an und bittet um eine entsprechende Entscheidung im Planungsausschuss.

Her Rudi schließt sich den Ausführungen des Herrn Bandel und des Herrn Heinzen an. Darüber hinaus wünscht er sich um eine höhere Beteiligung der Baumkommission. Diese wird aus seiner Sicht zu oft mit vollendeten Tatsachen konfrontiert.

Herr Ingendoh geht auf Seite 15 der Vorlage ein. Dort werden Bakterien an Rosskastanien beschrieben. Es werden auch Standorte an Spielplätzen genannt. Fraglich ist für ihn, ob die Verwaltung diese befallenen Bäume prophylaktisch bearbeitet um heranstürzenden Ästen und weiteren Schäden vorzubeugen und eine Risikominimierung zu betreiben.

Herr Jehn gibt an, dass diese Fragestellung bereits in der gestrigen Bezirksvertretung angeführt wurde. Er bekräftigt, dass die Sicherheit in jedem Fall als vorrangig angesehen wird. Dennoch ist ein Handeln nicht in allen Fällen erforderlich. Die Stadt Oberhausen entscheidet dies im Einzelfall im Rahmen ihrer Verkehrssicherungspflicht.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/6550 zur Kenntnis.

**6 Vollzug der Baumschutzsatzung auf Privatgrundstücken für das Jahr 2024
M/17/6579**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/6621 zur Kenntnis.

**7 Leben in Oberhausen - Ergebnisse aus der Bürgerinnen- u. Bürgerbefragung 2024
M/17/6621**

Herr Bandel ist erfreut, dass die Oberhausener Bevölkerung auch weiterhin gerne in Oberhausen lebt. Das subjektive Sicherheitsempfinden hat leicht nachgelassen. Dem wird seitens der Stadt Oberhausen, beispielsweise durch eine Personalaufstockung entgegengesteuert. Außerdem freut es ihn, dass die Bevölkerung auch mit den Sportstätten zufriedener ist.

Herr Baum bringt eine methodische Frage vor. Der Rücklauf innerhalb der verschiedenen Personengruppen und Altersklassen sind sehr unterschiedlich. Der Anteil der unter 35jährigen ist beispielsweise sehr unterrepräsentiert. Aus seiner Sicht bietet es sich deshalb an, eine Quotierung vorzunehmen, die die Repräsentativität der Befragung erhöhen könnte. Dies ist gängige Praxis. Fraglich ist für ihn, warum dies nicht vorgenommen wurde.

Darüber hinaus bemerkte Herr Baum dass insbesondere die Medien über eine Zahl berichtet haben. Hiernach leben 72% der befragten gerne in Oberhausen. Die restlichen Personen geben an, lieber woanders leben zu wollen. In der Fußnote des Berichtes wird angegeben, dass die Antwort „Weiß nicht“ nicht berücksichtigt wurde. Fraglich ist für ihn, wie hoch der Prozentsatz dieser Antwort ist.

Herr Baum bedauert, dass der städtische Bereich Statistik nicht vor Ort für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Jehn berichtet, dass die Anzahl der Befragten seit dem Jahr 2018 deutlich erhöht wurde. Im Jahr 2018 wurde diese Befragung unter Zuhilfenahme von Interviewern durchgeführt. Diese besuchten die Menschen in den Wohnungen und führten ein ausführliches Interview mit ihnen. Hohe Kosten und ein hoher Zeitaufwand waren die Folge. Mittlerweile werden diese Befragungen online durchgeführt.

Befragt wurden lt. Herrn Jehn 12.000 Menschen mit einem gleichgroßen Anteil von Menschen mit deutscher Herkunft und ausländischer Herkunft. Die Rücklaufquote war mit etwa 21% deutlich höher, als in anderen Kommunen. Dort liegt die Quote bei etwa 16% bis 17%. Repräsentativ ist die Quote dort dennoch. In der Tabelle ist gut zu erkennen, dass ältere Menschen mehr Rückmeldungen gaben, als jüngere Menschen. Die durchgeführte Stichprobe bezeichnet Herr Jehn als repräsentativ. Die Rückläufe sind aus seiner Sicht nicht repräsentativ.

Die Antwort „Weiß nicht“ wurde in dem Fragebogen nicht angegeben. Deshalb konnte sich auch in der Auswertung nicht berücksichtigt werden. Der Anteil von denjenigen, die angaben, sich unwohl in Oberhausen zu fühlen und innerhalb der nächsten zwei Jahre umziehen zu wollen, lag bei 5%. Er sieht entsprechend hier einen Widerspruch.

Herr Flore schlägt Herrn Baum vor, sich mit dem Bereichsleiter Herrn Florack in Verbindung zu setzen. Dieser ist in diesem Bereich Professor.

Außerdem lobt er die Durchführung der Befragung.

Herr Flore bekräftigt, dass dieser Ausschuss nicht nur der Umweltausschuss, sondern auch der Ordnungsausschuss ist. Als Problematisch sieht er das subjektive Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung, obwohl die Stadt Oberhausen die siebendsicherste Großstadt innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist. Dieses Thema wird am kommenden Freitag auch im Polizeibeirat behandelt. Ängste sind nicht immer rational. Die Ängste der Menschen sollten ernst genommen werden. Die Stadt Oberhausen soll auch weiterhin alles gegen diese Ängste unternehmen, was ihr möglich ist. Überwachung ist für ihn nicht der zielführende Weg.

Darüber hinaus freut er sich, dass die Presse in dieser Sitzung vor Ort ist.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/17/6621 zur Kenntnis.

**kaufs von Distickstoffmonoxid („Lachgas“) an Minderjährige in der Stadt
Oberhausen“
A/17/6584**

Herr Heinzen erklärt, dass dieser Drucksache der Gedanke an den Jugendschutz zugrunde liegt. Er sieht in der missbräulichen Verwendung von Distickstoffmonoxid eine Gefahr für langfristige Folgen für Konsumierende. Aufgrund der Wichtigkeit wünscht Herr Heinzen sich eine Abstimmung.

Herr Sahin weist Herrn Heinzen darauf hin, dass die Drucksache lediglich als Kenntnisnahme angemeldet wurde.

Herr Bandel gibt an, dass es auf der Ebene des Bundes in der Vergangenheit bereits einen Versuch gab, diese Regelung bundesweit einzuführen. Dieser ist gescheitert. Aus seiner Sicht sind vor allem Menschen im jüngeren Alter diejenigen, die das „Lachgas“ als Partydroge konsumieren. Fraglich ist für ihn, ob das Verbot die gewünschte Wirkung erzielt, oder ob Betroffene zur Beschaffung auf Nachbarstädte ausweichen

Herr Rudi erkundigt sich, warum die Drucksache als Kenntnisnahme behandelt wird.

Herr Werntgen-Orman, Herr Sahin und Herr van Wessel-Gnoß erklären, dass dies von der einstellenden Fraktion DIE GRÜNEN in Allris angegeben und angemeldet wurde. Entsprechend wird die Drucksache in der Sitzung behandelt.

Herr Flore wünscht sich eine Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen und eine Aussage der Verwaltung, ob ein Verbot entsprechend umsetzbar ist.

Herr Baum bezeichnet die Einstellung der Drucksache als handwerklichen Fehler der Fraktion DIE GRÜNEN. Darüber hinaus sieht er einen „Flickenteppich“ mit abweichenden Regelungen in verschiedenen Kommunen als nicht zielführend an. Er wünscht sich, dass die Fraktionen jeweils den Wunsch in höhere Instanzen der jeweilig eigenen Partei kommuniziert wird.

Frau Wilts bittet die Verwaltung, technische Probleme in Allris zu prüfen, die dazu führen könnten, dass Vorlagen als Kenntnisnahmen erscheinen, obwohl diese beratungsbedürftig sind.

Herr Sahin und Herr van Wessel-Gnoß schätzen die Wahrscheinlichkeit dieses spezifischen technischen Problems als sehr gering bis unwahrscheinlich ein.

Herr Jehn gibt an, dass eine entsprechende Regelung umgesetzt werden könnte, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt wären. Er befürchtet allerdings ebenfalls einen „Flickenteppich“ mit verschiedenen Regelungen. Die Verwaltung wird eine Durchführbarkeit prüfen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache A/17/6584 zur Kenntnis.

**9 Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der
Stadt: Aktueller Stand des Emscher-Umbaus
A/17/6634**

Dr. Palotz gibt an, dass Vertreter der Emscher-Genossenschaft an der nächsten Sitzung des Umweltausschusses teilnehmen und genauer informieren können. Darüber hinaus werden entsprechende Gutachten angefertigt.

Herr Flore freut sich über die Einladung der Emscher-Genossenschaft.

Außerdem wünscht er sich mehr Klarheit über die Dauer der Maßnahme und einen klaren Zeitplan für die Bevölkerung.

Herr Flore geht davon aus, dass bereits seit längerer Zeit Öl in das Erdreich eindringt. Auch aus diesem Grund freut er sich auf die Aussagen der Emscher-Genossenschaft in der nächsten Sitzung.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache A/17/6634 zur Kenntnis.

10 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstand „Einwegkunststofffonds“ A/17/6628

Herr Heinzen bittet um eine Zusammenfassung über die Höhe der zu erwartenden Gelder und wofür diese im Einzelnen genutzt werden.

Herr Werntgen-Orman stimmt zu, dass die Registrierung im Dezember 2024 stattfand. Erst fünf Monate später wurde die Registrierung bestätigt. Auch aus diesem Grund können momentan noch keine genauen Informationen bekannt gegeben werden. Sobald die Höhe der Förderungen klar ist und nicht auf einen Ratsbeschluss gewartet werden muss, wird die Verwaltung genauer berichten.

Herr Flore lobt den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN und schließt sich an.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache A/17/6628 zur Kenntnis.



Ausschussvorsitzender
Bülent Sahin



Schriftführer
Daniel van Wessel-Gnoß